

Stand: 19.05.2024 01:03:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3690

"Frühjahrsjahrgang 2020 der Pflegeausbildung in Bayern nicht ausfallen lassen – Rahmenlehrplan und Finanzierung unverzüglich sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3690 vom 24.09.2019
2. Beschluss des Plenums 18/3793 vom 25.09.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 25.09.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Frühjahrsjahrgang 2020 der Pflegeausbildung in Bayern nicht ausfallen lassen – Rahmenlehrplan und Finanzierung unverzüglich sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den neuen bundeseinheitlichen Rahmenlehrplan für die Pflegeberufe unverzüglich auch in Bayern umzusetzen. Die Finanzierung für die neue Pflegeausbildung muss sichergestellt werden, da sonst droht, dass ein ganzer Ausbildungsjahrgang ausfällt, der dringend benötigt wird.

Begründung:

2017 wurde das neue Pflegeberufegesetz beschlossen, das ab 2020 die Pflegeausbildung grundlegend neu regelt. Die drei bisherigen Ausbildungen in der Altenpflege, Krankenpflege sowie der Kinderkrankenpflege werden zu einem künftig einheitlichen Ausbildungsberuf zusammengeführt. Das Pflegeberufegesetz soll die Attraktivität des Pflegeberufs steigern und einen Beitrag für eine ausreichende Anzahl gut qualifizierter Pflegekräfte leisten. Hierzu wurden und werden von zahlreichen Einrichtungen der schulischen und praktischen Ausbildung erhebliche Anstrengungen unternommen.

Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe wurde am 02.10.2018 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium für Gesundheit erlassen. Erstmals in der Geschichte der Pflegeausbildung werden zur nachhaltigeren Umsetzung der Reformansprüche bundeseinheitliche Rahmenpläne erstellt. Die Umsetzung der Rahmenpläne auf Landesebene durch die bayerische Lehrplankommission wird bis zum Jahreswechsel 2019/2020 dauern. Dieser Zeitpunkt ist selbst für große etablierte Pflegeschulen zu spät, um die neuen Regeln in dem im April 2020 startenden Ausbildungsjahrgang umzusetzen. Den Ausbildungsträgern wird offenbar vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus und einigen Regierungsbezirken empfohlen, den Ausbildungsstart im April 2020 ausfallen zu lassen. Angesichts des dramatischen Personalbedarfs in der Pflege können wir uns keinen Rückgang an Auszubildenden leisten.

Daher muss die Staatsregierung unbedingt die Finanzierung für die neuen Ausbildungen sicherstellen. Die Pflegeschulen sind immer noch völlig im Unklaren, wie die Mieten und Investitionskosten finanziert werden sollen. Sie brauchen dringend Unterstützung bei der Gestaltung von Kooperationsverträgen vor Ort. Hier muss die Staatsregierung mit Rahmenverträgen helfen. Es muss alles getan werden, damit Ausbildungswillige auch tatsächlich die Pflegeausbildung aufnehmen können.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/3690

**Frühjahrsjahrgang 2020 der Pflegeausbildung in Bayern nicht ausfallen lassen –
Rahmenlehrplan und Finanzierung unverzüglich sicherstellen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ruth Waldmann

Erster Vizepräsident Karl Feller

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Andreas Krah

Abg. Eva Gottstein

Abg. Roland Magerl

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe den unter Nummer 1 aufgeführten Dringlichkeitsantrag auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch u. a. und Fraktion (SPD)

**Frühjahrsjahrgang 2020 der Pflegeausbildung in Bayern nicht ausfallen lassen -
Rahmenlehrplan und Finanzierung unverzüglich sicherstellen (Drs. 18/3690)**

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ruth Waldmann (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie viele von Ihnen wissen, wurde im Pflegeberufereformgesetz 2017 auf Bundesebene festgelegt, dass die Ausbildung in den Pflegeberufen komplett neu aufgestellt wird. Die Altenpflege, die Krankenpflege und die Kinderkrankenpflege werden zur sogenannten generalistischen Ausbildung zusammengefasst. Damit wird die Hoffnung verbunden, die Pflegeberufe attraktiver zu machen und insgesamt zu einer Verbesserung der Versorgung mit Fachkräften beizutragen. Das bedeutet aber auch, dass sich die bisherigen Pflegeschulen komplett umstellen müssen, sowohl was die Lehrinhalte und Lehrpläne als auch was die Organisation vor Ort angeht.

Sicher besteht überall Einigkeit darin, dass alles dafür getan werden muss, genügend Fachkräfte zu bekommen, und klar ist auch, dass es dabei in besonderer Weise um die Ausbildung geht. Wir brauchen jeden und jede, die diesen Beruf erlernen und ergreifen wollen.

Die Reformpläne der Bundesregierung sind nicht erst seit ihrer formalen Veröffentlichung bekannt; es gab ja Gespräche auf Bundes- und Länderebene. Die Ausbildungs-

und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe wurde bereits vor einem Jahr erlassen. Deswegen ist es ausgesprochen bedenklich, dass die Umsetzung der Rahmenpläne in Bayern erst zum Jahreswechsel erwartet werden kann. Das ist zu spät. Wie sollen die Schulen denn eigentlich planen und ihre neue Ausbildung organisieren? – Hier muss das Kultusministerium entscheidend gestärkt und unterstützt werden. Vielleicht wäre das auch eine Aufgabe, der sich das neue Landesamt für Pflege widmen könnte. Da sehe ich noch Kapazitäten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Hinzu kommt vor allem, dass die Schulen nach wie vor völlig in der Luft hängen, was die Finanzierung angeht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Die Finanzierung umfasst einerseits die Pauschale, die die Schulen für den einzelnen Ausbildungsplatz bekommen. Dazu steht ein Schiedsspruch an, der für Mitte Oktober erwartet wird. Die Ministerin hat uns gestern im Ausschuss darüber informiert, dass er möglicherweise angefochten werden kann. Dann dauert es noch länger, bis man hier Klarheit hat.

Die zweite Säule der Finanzierung umfasst die Förderung von Mieten und Investitionskosten. Die Schulen müssen schließlich die neue Ausbildung vor Ort organisieren, brauchen neue Räume und wissen überhaupt nicht, worauf sie sich einstellen können und womit sie rechnen müssen. Wie sollen sie denn da planen, und welche Kooperationsverträge sollen sie vorbereiten und abschließen? – Sie wissen zum Beispiel nicht einmal, wie viele Stunden künftig für die Praxisanleiter vorgesehen sind und anerkannt werden.

Hinzu kommt auch, dass die Schulen sich einzeln durchwurschteln müssen, weil es keine Rahmenverträge oder wenigstens Leitlinien gibt. Das alles führt dazu, dass die ernste Gefahr besteht, dass der komplette Frühjahrsjahrgang, der im April starten

könnte, an den meisten Pflegeschulen nicht starten kann. Was den Start im September anbetrifft, ist es für viele fraglich, zumindest sehr ambitioniert, das alles organisieren zu können. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir können es uns nicht leisten,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

einen ganzen Jahrgang in der Pflegeausbildung zu verlieren. Jungen Leuten, die sich auf den Weg machen, um einen Pflegeberuf zu erlernen und zu ergreifen, können wir doch nicht sagen: Das geht jetzt leider nicht, da müsst ihr warten oder euch etwas anderes suchen. – Das darf auf keinen Fall passieren. Dagegen müssen alle Anstrengungen unternommen werden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Schulen brauchen jede Unterstützung, und wir brauchen alle verfügbaren Fachkräfte. Selbst große etablierte Pflegeschulen – ich nenne zum Beispiel diejenigen am Klinikum Ingolstadt und an der Uniklinik Augsburg und die Sozialstiftung Bamberg – sehen sich nicht in der Lage, im April zu starten. Inzwischen wird ihnen vom KuMi geraten, erst mal auszusetzen. Das darf nicht sein. Es gibt ein Bündnis für die generalistische Pflegeausbildung. Das ist uns gestern wieder stolz präsentiert worden. Aber es hapert an ganz zentralen Punkten. Die Voraussetzungen müssen erst geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf als nächste Rednerin die Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU-Fraktion aufrufen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufgeregtheit der Kollegin ist vielleicht etwas übertrieben. Wir alle wissen, dass die Umstellung auf die generalistische Pflegeausbildung für alle Beteiligten große Herausforderungen bringt. Nicht wenige Beteiligte spielen hier mit. Je mehr Beteiligte,

desto schwieriger und komplexer wird es. Die Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Pflegeversicherungen und natürlich der Freistaat zahlen in den Ausbildungsfonds ein. Im Übrigen zahlen auch die ein, die nicht selber ausbilden. Das ist quasi eine kleine Strafzahlung. In Bayern gibt es 250 Pflegeschulen, davon sind nur 6 in staatlicher Hand. Dies zeigt, wie kompliziert es wird, alle unter ein Dach zu bringen, um die Forderungen, die Sie an uns richten, zu erfüllen. Es gibt keine schnellen Lösungen. Nicht alle Beteiligten ticken einheitlich.

Frau Kollegin, Sie haben recht: Im Moment ist noch unklar, wie viel Geld die Schulen pro Schüler erhalten werden. Das ist dem Schiedsverfahren und dem Scheitern der Budgetvereinbarungen am 17. September geschuldet. Wir hoffen, dass die Angelegenheit am 14. Oktober klappt. Erfreulicherweise haben die Träger der klassischen Schulstandorte, die zusammenwirken, Schulverbünde gebildet. So können Synergien erreicht und das Projekt der generalistischen Pflegeausbildung gemeinsam angegangen werden. Die Akteure ziehen sich nicht in eine Konkurrenzposition zurück.

Dass die Muster für die Kooperationsverträge noch nicht fertiggestellt sind, liegt nicht am Freistaat, sondern am Bund. Der Bund ist dafür zuständig und steht in der Verantwortung. Im Übrigen ist man in den anderen Bundesländern hier nicht weiter. Schieben Sie daher den Schwarzen Peter bitte nicht den Bayern zu.

(Widerspruch der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Die Staatsregierung hat bereits erklärt, selber einen Beitrag zu leisten und sich an die Vertragsgestaltung des Kooperationsvertrags heranzutasten. Bisher ist es keinem Schulträger verboten worden, im Frühjahr zu starten. Es bleibt nur die Frage, ob es sinnvoll ist, mangels entsprechender Lehrpläne holprig zu starten. Sie haben recht: Die Lehrpläne sind in einem 321 Seiten umfassenden Werk gebündelt. Dieses Werk enthält die Vorlage für den Unterrichtsstoff, stellt aber noch kein strukturiertes Curriculum dar. Daher würde ich keinem Schulträger empfehlen, auf dieser Basis zu starten.

Das Kultusministerium hat zugesagt, auf Hochtouren zu arbeiten, und wird das auch schaffen.

Zum Schulbeginn im Frühjahr ist zu sagen: Die Krankenpflege- und Kinderkrankenpflegeschulen hatten schon früher die Möglichkeit, im Frühjahr zu starten. Sie haben diese Möglichkeit aber nie wahrgenommen. Ein guter Kompromiss ist, den Schulen für das Jahr 2021 zuzusagen, dass sie mehr Schüler aufnehmen dürfen. Das ist dieser schwierigen neuen Konstellation geschuldet. Natürlich muss es jetzt flott gehen. Jeder muss seine Hausaufgaben machen. Wir werden so gut in die Spur kommen und die generalistische Pflegeausbildung nächstes Jahr gut vorbereitet in Gang setzen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich bedanke mich bei der Frau Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer. – Als nächsten Redner darf ich den Kollegen Andreas Krahel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön.

Andreas Krahel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In der Politik gilt es nicht nur, große Ideen zu haben, sondern es ist vielmehr unsere Aufgabe als Politiker und Politikerinnen, das Bewusstsein dafür zu haben, diese großen Ideen effektiv umzusetzen und zu verwirklichen. Mit der Generalistik in den Pflegeberufen kommt auf diesen systemrelevanten Beruf die größte Idee zu, die Deutschland je erlebt hat. Die oberste Pflicht der Staatsregierung wäre gewesen: Umsetzung, Umsetzung und noch einmal Umsetzung! Das wäre ihre Aufgabe gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während jetzt sowohl Schüler und Schülerinnen als auch Träger und Trägerinnen immer noch auf Planungssicherheit warten, schließt unsere Gesundheitsministerin ein Arbeitsbündnis nach dem anderen. Warum werden denn nicht – wie von der Kollegin Waldmann richtig angesprochen – Lehrpläne vorgelegt, die Finanzierung sicherge-

stellt, zusätzliche Praxisanleiter und Praxisanleiterinnen eingestellt, geschweige denn die Stundenanzahl erhöht?

Frau Ministerin und Herr Minister – Sie sind genauso zuständig –, Sie wollen diesen Beruf attraktiver machen. Ja, bitte! Los geht's! Tun Sie es! Dazu brauchen wir junge Menschen, denen Praxisanleiter zur Seite gestellt werden. Dazu brauchen wir Lehrpläne und nicht zuletzt: Dazu brauchen die Trägerinnen und Träger Geld. Anstatt dies mutig nach vorne zu treiben, warten Sie anscheinend, bis die Menschen auf die Straße gehen, weil Sie deren Interessen wieder einmal nicht wahrnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Brendel-Fischer, ich möchte auf Ihre Ausführungen zurückkommen. In Zeiten eines dramatischen Pflegekräftemangels, in Zeiten mit extrem hohen Abbrecherquoten in diesem Beruf, in Zeiten, in denen Menschen extrem kurz in diesem Beruf bleiben, gilt es, jede einzelne Person, die sich für diesen Beruf entscheidet, nicht zu verlieren. Genau diese Person fehlt nämlich sonst an irgendeinem Bett in den Kinderhospizen, der Akutkrankenhäuser und der Altenheime. Diese eine verloren gegangene Person macht vielleicht den Unterschied, ob wir einen Pflegeplatz zusätzlich aufbauen können. Genau diese eine Person werden Sie verlieren. Sie werden nicht nur diese Personen verlieren, sondern Sie setzen es aufs Spiel, dass die Ausbildung mit Start im April 2020 komplett ausfällt. Das ist ein zu hoher Preis, den man nicht akzeptieren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ein deutliches Zeichen, wenn die Staatsregierung und die Regierungsfractionen offenbar immer noch denken: Pflege, das kann jeder. – Nein! Pflege muss man lernen. Dazu brauchen wir die Lehrpläne, die Finanzierung und die Menschen, die diesen Ausbildungsberuf lehren.

Herr Minister, abschließend richte ich mich mit folgender Bitte an Sie: Aus persönlicher Sicht kann ich es absolut nachvollziehen, dass Ihnen die Meinung der Opposition in diesem Haus herzlich egal ist. Ich möchte Sie dennoch bitten: Wenn Sie uns schon nicht zuhören, dann hören Sie wenigstens den Berufsverbänden, dem DBfK, dem Bayerischen Landespflegerat und der Berufsstandsvertretung, dem zahnlosen Tiger, die von der CSU eingesetzt worden ist, der Vereinigung der Pflegenden in Bayern, zu. Selbst die sagen, dass es Aufholbedarf gibt. Das muss der Anspruch für diesen systemrelevanten Beruf sein. Im Übrigen bin ich noch immer der Meinung, dass eine ordentliche Berufskammer, eine Pflegekammer, die Interessen der Profession wesentlich besser an Sie herantragen würde als die Vereinigung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Ich bedanke mich bei Ihnen, Kollege Krahl. – Ich freue mich, die Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN aufzurufen zu dürfen. Frau Kollegin, bitte schön, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege von den GRÜNEN, Ihnen kann man es auch nicht recht machen. Sie werfen der Ministerin in einem Satz vor, dass sie eine Aktion nach der anderen starten würde, und auf der anderen Seite monieren Sie, dass zu wenig passiert.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

In einem Satz sagen Sie, dass so eine Ausbildung nicht gründlich genug vorbereitet sein könne, und auf der anderen Seite fordern Sie ein gewisses Hudeln. Bei rein theoretischer Betrachtung sehen Sie anscheinend nicht, wie aufwendig die praktische Vorbereitung ist. Natürlich ist es uns allen ein Anliegen, diesen Beruf attraktiver zu machen. Es ist nicht fair, zu unterstellen, dass dies nicht allen im Hause ein Anliegen wäre. Wir müssen diesen Beruf attraktiver machen. Wir brauchen vor allem viele Menschen, die qualifiziert in diesem Beruf arbeiten. Daher ist die Einführung der generalis-

tischen Pflegeausbildung ein wichtiger Schritt gewesen. Diese kann nicht einfach aus dem Ärmel geschüttelt werden. Ich bin froh, dass sie gründlich erarbeitet worden ist.

Die Ausbildung ab 1. Januar 2020 ist attraktiv. Das Berufsumfeld ist attraktiv. Natürlich ist dabei nun auch eine gewisse Flexibilität gegeben, die nicht zulasten der Qualifikation geht. Sicher gibt es dabei noch Probleme. Wenn man eine komplexe Materie in Angriff nimmt, hat man es mit mehreren Teamplayern zu tun. Auch dabei hat sich in der Kritik von vorher und in den Ausführungen der SPD eine gewisse Praxisferne gezeigt. Wir arbeiten mit Verbünden und Kooperationspartnern. Wir müssen Organisationen wie Krankenhäuser, Behörden und vor allem auch Menschen zusammenbringen. Das dauert etwas, und dabei ist es auch gut, wenn wir behutsam vorgehen und alle am Prozess Beteiligten mitnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deswegen – Kollegin Brendel-Fischer hat die Details schon genannt – halte ich Ihren Antrag größtenteils für eine Art Panikmache. Sie tun so, als ob alles ausfallen würde. Es ist schon festgestellt worden, dass die Kinderkrankenpflegeschulen und die Krankenpflegeschulen immer bereits ab 1. April ausbilden können. Bis jetzt haben Sie das gar nicht wahrgenommen. Es fällt nicht bei einem Großteil der Schulen, sondern nur bei einem Teil der Schulen die Ausbildung ab 1. April aus. Dort ist das aber zum großen Teil berechtigt. Das Kultusministerium arbeitet daran. Der Gesundheitsminister in Berlin, der den Rahmen vorgeben muss, ist von Ihrer Partei. Daher ist es nicht im Sinne der Sache, nur zu kritisieren. Wir sollten sehen, was sinnvoll auf den Weg gebracht werden kann, um zu einem guten Ende zu kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, könnten Sie bitte noch einmal ans Rednerpult gehen? Wir haben eine Zwischenbemerkung. – Herr Krahl, bitte schön.

Andreas Krah (GRÜNE): Geschätzte Kollegin Gottstein, jetzt muss ich noch etwas Revue passieren lassen. Sie haben ausführlich dargestellt, wie toll die längst überfällige Generalistik durch die Bundesregierung umgesetzt wird. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Mir fehlt dabei aber der Elan. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Generalistik liegt seit 2017 vor. Jetzt haben wir 2019. Bisher haben wir es nicht geschafft, einen Lehrplan zu entwickeln, der ab 2020 gilt und umgesetzt werden muss. Das ist das Problem. Was will ich damit sagen? – Ich vermisse Ihren konkreten Plan. Ja, das ist Panikmache, weil vollkommen zu Recht Panik herrscht. Bei über 30.000 fehlenden Pflegekräften in Bayern können wir es uns schlicht und einfach nicht erlauben, auch nur eine einzige Person zu verlieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wir reden nach wie vor von 250 Schulen – darunter nur 6 staatlichen –, von denen nur ein geringer Teil betroffen ist. Dabei sollte man immer auch die gute Seite einer Medaille anschauen, die in dem Fall die eindeutig größere ist. Ich schreibe es Ihrem jugendlichen Alter zu, nicht zu wissen, wie lange man braucht, um Lehrpläne zu entwickeln. Natürlich kann man manche Maßstäbe anders anlegen. Ich sehe die Entwicklung der Lehrpläne in diesem Fall – –

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Krah (GRÜNE))

– Entschuldigung, ein Lehrplan muss abgestimmt werden und kann den Schulen nicht übergestülpt werden. Wenn ich so viele Player auf dem Feld habe, kann er den Schulen erst recht nicht übergestülpt werden. Der Lehrplan soll theorie- und praxistauglich und auf dem aktuellen Stand sein. Deshalb ist die Zeitspanne nicht so groß. Bis jetzt liegt die entsprechende Matrix noch nicht vor. Die Inhalte sind aber vorhanden, der Katalog umfasst 321 Seiten.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Nun darf ich Frau Waldmann zu einer Zwischenbemerkung aufrufen.

Ruth Waldmann (SPD): Ich weiß nicht, wie alt der Kollege ist.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Er schaut jung aus.

Ruth Waldmann (SPD): Ich weiß aber, dass er eine Pflegeausbildung absolviert hat und deshalb schon über dieses Thema reden kann und weiß, wovon er spricht.

Vorhin ist von der Kollegin gesagt worden, man müsse erst auf die Maßnahmen aus Berlin warten. – Nein, das ist nicht wahr. Die Rahmenpläne liegen vor. Die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung ist vor einem Jahr erlassen worden. Man kann übrigens auch das Kultusministerium nicht ganz alleinlassen. Ich möchte auch keinen Verschiebebahnhof haben. Das neu geschaffene Landesamt für Pflege, von dem wir nicht so genau wissen, wofür es gut ist, soll doch bitte dem Kultusministerium unterstützend zur Seite eilen, damit der Lehrplan schneller fertigzustellen ist. Vielleicht brauchen wir unkonventionelle Wege und auch Zwischenlösungen, um den Ausbildungsjahrgang ab April kurzfristig retten zu können. Dafür lohnt sich wirklich jede Anstrengung.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich werfe, um Gottes Willen, niemand sein jugendliches Alter vor. Im Gegenteil, ich beneide oft jemand wegen seines jugendlichen Alters. Ich wollte nur darauf hinweisen – das kann man auch nachlesen –, dass die Erstellung eines Lehrplans von der Planung bis zur Umsetzung an den Schulen zwei bis drei Jahre dauert. Sie haben selber zugegeben, dass der Rahmen erst vor einem Jahr vorgegeben worden ist. Diese Zeitspanne ist nicht so lang, zumal man in dem Fall nicht einmal alles in eigener Hand, sondern auch noch viele Träger auf dem freien Markt hat. Wir müssen viele verschiedene Gesichtspunkte wie gute Pflege oder Praxisnähe berücksichtigen. Ich ärgere mich darüber, dass Sie sagen, 321 Seiten seien nichts, womit man arbeiten kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Wertes Präsidium, Hohes Haus! Dass wir es uns nicht leisten können, in Zeiten eines Pflegekräftemangels einen ganzen Ausbildungsjahrgang zu verlieren, versteht sich bei dieser Debatte wohl von selbst. Diese Kernaussage würden wir, die AfD, sofort unterschreiben. Dennoch ist dieser Antrag für uns ein bisschen irreführend. Wir müssen uns fragen, was Sie mit Ihrem Antrag erreichen wollen. Soll der Lehrplan fertiggestellt werden, oder soll genug Geld vorhanden sein?

(Ruth Waldmann (SPD): Beides!)

Prinzipiell soll wohl beides der Fall sein. Handwerklich wurden diese beiden Ziele in dem Antrag aber schlecht miteinander verknüpft. Die Lehrplankommission sei nicht die schnellste, kritisieren Sie. Damit haben Sie recht. Deshalb könnte ein Jahrgang ausfallen. Andererseits fordern Sie aber, dass die Finanzierung passen muss. Das eine hat doch mit dem anderen nichts zu tun. Dass die Schulen aufgrund der Generalistik am Limit sind, ist allen längst bekannt. Die Brüder und Schwestern der GroKo in Berlin handeln aber nach dem Motto: Pflaster drauf und nach uns die Sintflut.

In Bayern werden in der Zeitung Werbeaktionen für Pflegekräfte groß verkündet. Dabei merkt wenigstens keiner, welche Böcke bei der Umsetzung von der Regierungsbank geschossen werden.

(Beifall bei der AfD)

Wir stehen für mehr Klarheit. Die Lehrpläne müssen klar und leicht verständlich sein. Mit uns gibt es keine Generalistik, weil damit die Altenpflege massiv gefährdet wird. Da so etwas grundsätzlich ein Blödsinn ist, stimmen wir keinem Antrag zu, mit dem versucht wird, die bürokratischen Monster, die mangelnden Absprachen und die unklaren Finanzierungen irgendwie zu heilen. Wenn die Volksparteien meinen, sie müssen

wieder einmal einen Bereich der Daseinsvorsorge mit schlaun Ideen an die Wand fahren, dann ohne uns. Ihren Antrag lehnen wir ab.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Magerl für seinen Beitrag und darf für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Dominik Spitzer aufrufen. – Bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Frau Brendel-Fischer und Frau Gottstein, ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass ich hier gehört hätte: Alles ist in Butter, wir schaffen das und setzen es um. – Das kennen wir schon von woanders her. Herr Minister Piazzolo, ich hoffe, dass Sie mich darin bestätigen und auch bekräftigen, dass Sie es rechtzeitig schaffen.

Ich nenne Ihnen ein paar aktuelle Zahlen. Wir haben in Bayern circa 400.000 pflegebedürftige Menschen. Bis 2035 können es schon 520.000 werden. Dagegen fehlen uns im Freistaat jetzt schon circa 5.000 Pflegekräfte. Experten befürchten, dass die Zahl der fehlenden Pflegefachkräfte bis 2030 auf bis zu 60.000 ansteigen könnte. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Brisanz der Thematik können wir uns in Bayern den Ausfall eines Jahrgangs in der Pflegeausbildung nicht erlauben. Die bayerischen Pflegeschulen, aber auch die zukünftigen Pflegeschüler brauchen Klarheit darüber, wann die generalistische Ausbildung beginnen wird.

Gestern haben Sie, Frau Staatsministerin Huml, sich noch damit gebrüstet, wie viel Sie machen wollen, um junge Leute für die Pflege zu begeistern. Aktuell sehe ich diese Maßnahmen ein bisschen ins Leere laufen, wenn die landesrechtliche Umsetzung der generalistischen Ausbildung in Bayern nicht rechtzeitig erfolgt. Mir wurde von Pflegeschulen versichert, dass sie bei Umsetzung bis Ende des Jahres die Ausbildung im Frühjahr noch beginnen könnten. Leider musste ich da jetzt etwas anders hören, dass es nämlich doch schon Pflegeschulen gibt, die sich davon verabschiedet haben. Ich hoffe, dass die Zahl nicht weiter steigen wird. Wenn den Pflegeschulen vonseiten des Kultusministeriums und der Regierungsbezirke dazu geraten wird, den Frühjahrsjahr-

gang 2020 einfach ausfallen zu lassen, weil die bundeseinheitlichen Rahmenpläne durch die Lehrplankommission nicht auf Landesebene umgesetzt worden sind, dann kann man wirklich von einem Skandal sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP schließt sich dem Antrag der SPD vollumfänglich an und fordert Sie auf, bis zum Ende des Jahres, im besten Fall schon früher, den bundeseinheitlichen Rahmenlehrplan für die Pflegeberufe auch in Bayern umzusetzen und die Finanzierung für die neue Pflegeausbildung sicherzustellen. Uns läuft die Zeit davon.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Dr. Spitzer. – Der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Herr Prof. Piazzolo, hat um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht eine Vorbemerkung zur Klarstellung: Selbstverständlich höre ich Ihnen und der gesamten Opposition sehr wohl zu und nehme das zur Kenntnis. Bitte haben Sie da keinerlei Zweifel. Mir ist es auch wichtig, die Worte der Opposition zu hören. Ich war bis vor Kurzem selber in der Opposition und hatte den gleichen Wunsch. Insofern gehört das nicht nur zum guten Miteinander, sondern zu einem Parlament gehören Regierung – das ist genauso wichtig –, Oppositionsfraktionen und Regierungsfraktionen, und deshalb hören wir einander zu und wägen die Argumente sorgfältig ab. Das wollte ich Ihnen einfach mitgeben.

Das Zweite: Herr Spitzer, Sie haben vollkommen recht: Die Pflege ist eine unserer größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Auch mir liegt die Zahl, die Sie genannt haben, vor. Wir haben in Bayern 400.000 Pflegebedürftige, mit steigender Tendenz, und 160.000 Personen, die in diesem Berufsfeld, in den Pflegeheimen, tätig sind. Wir sind uns – da ist vordringlich die Kollegin Huml tätig – dieser Aufgabe voll-

kommen bewusst und haben gestern im Kabinett ein großes Paket auf den Weg gebracht und das nach außen dokumentiert. Das ist nicht kleinzureden. Das ist ein Paket, das deutlich macht, wie wir diese Aufgabe angehen wollen. Da ist zum Beispiel ein Bündnis für die Gewinnung von Fachkräften. Da ist ein Mentoring-Programm. Es geht aber auch um günstigen Wohnraum und um bessere Bezahlung. Das ist eine rundum gelungene Sache, die man im Zusammenwirken auch mit der Bundesregierung auf den Weg bringt. Insofern hat diese Bayerische Staatsregierung da in letzter Zeit sehr gut gehandelt. Man nimmt sich des Themas seit vielen Jahren an. Man ist da in den letzten Wochen und Monaten und insbesondere gestern einen guten Schritt vorgekommen.

Zusätzlich – das ist unser heutiges Thema – geht es insbesondere um das Fachpersonal, das uns allen sehr am Herzen liegt. Ich will noch mal, weil hier ein Einwurf, glaube ich, in die falsche Richtung geht, deutlich machen, dass wir zu dieser generalistischen Pflegeausbildung stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich halte es für den richtigen Schritt und für einen wichtigen Schritt, hier eine Ausbildung anzubieten, die – das ist auch der Sinn der Sache – noch breiter aufgestellt ist und mit der wir noch mehr Kräfte gewinnen können. Das soll noch mal ein Zeichen sein an die vierzig Partner, die sich hier zusammengeschlossen haben.

Mir ist es auch persönlich ein wichtiges Anliegen. Ich will nur erwähnen, dass ich einen Gutteil des Sommers damit verbracht habe, in Pflegeeinrichtungen unterwegs zu sein und mich entsprechend um Pflege zu kümmern. Man bekommt auch so das eine oder andere mit, was dort in dieser Zeit vielleicht verbesserungswürdig ist.

Zu dem heutigen Thema und zu dem Antrag der SPD betreffend "Pflegeausbildung sicherstellen". Da ziehen wir am gleichen Strang. Das Thema ist wichtig und zentral. Uns liegt es am Herzen, die hervorragende Ausbildung sicherzustellen. Gerade im Pflegebereich ist Qualität von ganz entscheidender Bedeutung. Das will ich hier an

den Anfang stellen. Es geht um Menschen, es geht um kranke und pflegebedürftige Menschen. Da ist es wichtig, richtig agieren zu können. Eine Kurzausbildung ist nicht in unserem Sinne, sondern die Ausbildung muss fundiert sein, wenn es um Pflege geht. Wenn es zum Beispiel um eine Lungenembolie geht, dann muss man wissen, wie man den Patienten umdreht; das ist ganz entscheidend. Das ist die erste Bemerkung: Qualität ist ganz entscheidend.

Auch die zweite Bemerkung noch mal: Jede Schule, die zum 1. April mit der neuen Ausbildung beginnen möchte, kann beginnen und darf beginnen. Niemand hat irgendwo gesagt, hier soll Ausbildung ausfallen, sondern jede Schule, die möchte, kann beginnen.

Warum ist man überhaupt auf das Thema gekommen? – Weil wir – da gebe ich Ihnen durchaus recht – zeitlich knapp dran sind. Das liegt aber nicht an den Bayern, sondern es ist so, dass der Rahmenlehrplan Bund erst am 1. August 2019 herausgekommen ist. Das ist nicht so arg lang her. Da kann man sagen: Liebe Bundesregierung – da sitzt ja auch unter anderem die SPD –, ihr hättet schneller handeln können, weil ihr es schon – es ist gerade erwähnt worden – seit 2017 wisst. Das ist der eine Punkt.

Umsetzung Bayern. Wir wollen und werden diesen Rahmenlehrplan natürlich umsetzen. Andere Bundesländer tun das übrigens nicht. Andere Bundesländer sagen, wir übernehmen ihn einfach vom Bund. Das ist nicht unser Ansatz, sondern wir wollen ihn entsprechend umsetzen. Eine erste Arbeitssitzung hat am 11.09. stattgefunden. Direkt nach den Ferien hat also die erste Arbeitssitzung stattgefunden. Wir sind also dran. Der Zeitplan ist so – das will ich auch einfach sagen –, dass wir das hinbekommen. Ich will nichts versprechen, aber wir wollen sehr schnell vorankommen und das Ganze nach Möglichkeit in diesem Jahr fertigstellen. Wir sagen aber jetzt schon den entsprechenden Trägern, dass wir uns möglichst am Rahmenplan Bund ausrichten, das heißt, vieles, was dort enthalten ist, wird übernommen werden. Insofern können die Schulen jetzt schon mit der Umsetzung beginnen. Die schulische und die praktische Ausbildung sicherzustellen, das ist uns ganz wichtig. Deshalb – das will ich auch noch mal

deutlich machen – sind die Anstrengungen bei der Finanzierung insbesondere aus dem Hause der Kollegin Huml – aber wir haben es auch mitverfolgt – seit Wochen und Monaten intensiv begleitet worden. Es ist so – das Bundesrecht beschreibt das –, dass die Finanzierung außerhalb der klassischen landesrechtlichen Schulfinanzierung läuft. Insofern müssen wir das neu aufsetzen. Da gab es entsprechende Verhandlungen.

Da gibt es auf der einen Seite das Pauschalbudget, über das jetzt verhandelt worden ist, und auf der anderen Seite die Mietkosten sowie die Anschaffungskosten, die über 800 Euro liegen. Der größere Teil, nämlich das Pauschalbudget, ist per Schiedsstelle verabschiedet. Das ist schon passiert. Der Schiedsspruch ist da. Selbst wenn, was hier schon angedeutet worden ist, der Fall eintreten sollte, dass es beklagt wird, hat das keine aufschiebende Wirkung. Insofern sind da schon Sicherheiten eingezogen. Da waren auch die Träger entsprechend involviert. Auch in dem anderen Punkt, den ich gerade genannt habe, werden wir die Finanzierung sicherstellen.

Insofern, die Finanzierung ist gesichert. Der Rahmenplan wird umgesetzt, und alle Schulen, die möchten, können zum 1. April beginnen. Es ist aber – das sage ich auch deutlich – den Schulen selber überlassen. Die haben einen hohen Qualitätsanspruch. Wenn eine Schule nicht zum 1. April beginnen möchte, dann werden wir sie auch nicht zwingen. Das geht ja auch nicht, da nur sechs der Schulen staatlich sind. Die Zahlen sind genannt worden.

Aber unser Fokus ist darauf gerichtet, dieses Ziel zu erreichen. Mit hohem Qualitätsanspruch und mit Hochdruck arbeiten wir in beiden Ministerien daran, das umzusetzen. Insofern: Der Ruf und die Diskussion waren heute wichtig; aber es wäre nicht nötig gewesen, weil wir dieses Ziel schon seit Wochen und Monaten vor Augen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt eine Zwischenbemerkung von der Frau Kollegin Waldmann. Bitte schön.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass die Finanzierung sichergestellt sei. Dann teilen Sie uns doch bitte mit, in welcher Höhe und unter welchen Bedingungen. Die Schulen, die damit arbeiten müssen, wissen das nämlich nicht und haben keine Ahnung, worauf sie sich einstellen und womit sie planen können. Meine zweite Frage ist: Trifft es zu, dass Sie und Ihr Haus, das Kultusministerium, Pflegeschulen davon abgeraten haben, mit der Pflegeausbildung im April zu beginnen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Erste Frage: Also, wie gesagt, bei der Finanzierung ist es so gewesen, dass diejenigen, die zuständig waren – angefangen bei den Kassen über die Schulen und viele mehr –, in mehreren Verhandlungsrunden über das Pauschalbudget verhandelt haben. Dabei ging es sowohl um die Schulen als auch um die Praxis. Im Endeffekt gab es einen Schiedsstellenspruch, der auch aufseiten der Schulen finanzielle Spielräume festgelegt hat. Das wissen die Schulen auch, das wird auch entsprechend kommuniziert.

Der zweite Punkt, der angesprochen worden ist: Selbstverständlich sind wir bei Bedarf immer in engem Austausch mit den Schulen, um sie auf den Weg in die neue Ausbildung – ab dem 1. April oder später, je nachdem, wie sie diese gestalten – zu bringen. Hier gibt es keinerlei Empfehlungen in die eine oder andere Richtung. Wenn eine Schule aber zu uns kommt und fragt, ob sie am 1. April beginnen muss oder auch später beginnen kann, dann werden wir sagen: Unser Interesse ist es, dass ihr möglichst zügig beginnt. Denn wir brauchen, wie das ja alle gesagt haben, Pflegekräfte. Das geschieht aber immer unter dem Aspekt der Qualitätssicherung, und diese liegt den Schulen genauso am Herzen wie uns. Wenn sich irgendeine Schule unsicher fühlt, sich nicht bereit fühlt, dann muss man darüber reden, in welcher Form man startet oder nicht und wie man das umsetzt. Genau darum geht es.

Wir nehmen diese Beratung in unserem Haus sehr, sehr ernst und betreiben sie sehr intensiv. Es ist aber nicht so – wie das auch in dem Antrag unterstellt wird –, dass wir offensiv auf Schulen zugehen und ihnen sagen: Startet nicht! – Unser Fokus ist, auch

in dem zuständigen Referat, darauf gerichtet, den Rahmenplan jetzt möglichst schnell umzusetzen und in enger Abstimmung mit den Schulen deutlich zu machen, wie man den Start zum 1. April schaffen kann.

Erster Vizepräsident Karl Feller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/3690 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) sowie die AfD. Damit ist der Antrag abgelehnt.